

Gemeindetag/Österreich/Tirol

Klestil: "Erfolg des EG-Referendums liegt bei den Gemeinden"

Utl.: Bundespräsident bei Gemeindetag in Innsbruck =

Innsbruck (APA) - Der Erfolg des EG-Referendums liegt nach der Ansicht von Bundespräsident Thomas Klestil bei den Gemeinden. Diese seien "der Seismograf am Puls des Bürgers. Als wichtigste Bürgerservicestelle liegt es an ihnen, über alle Vor- und Nachteile eines EG-Beitritts Österreichs zu informieren," sagte Klestil am Freitag in seinem Grußwort an den 40. Österreichischen Gemeindetag vor rund 2000 Tagungsteilnehmern in Innsbruck. ****

Der Bundespräsident wertete es als erfreulich, daß sich "das Föderalismusverständnis der EG an Österreichs Vorstellungen annähert". Auch die EG habe erkannt, daß es gelte, Grenzen zu überwinden, ohne seine "Eigenheit" aufs Spiel zu setzen. Integration schließe Bürgernähe und die "Intimität der Heimat" nicht aus.

Um die direkte Demokratie zu stärken, habe er, Klestil, die Direktwahl der Bürgermeister zur Diskussion gestellt. Dabei gehe es ihm um eine offene Diskussion, nicht um Parteipolitik. Vielmehr müßten "die besten Köpfe mit Freude an der Kommunalpolitik" gefunden werden. "Es gibt ein breites Reservoir an verantwortungsbewußten Frauen und Männern, das ausgeschöpft werden sollte," erklärte der Bundespräsident abschließend.

Auch Landwirtschaftsminister Franz Fischler bezeichnete in seinem Referat die Direktwahl der Bürgermeister als "einen wichtigen Ansatz zur Weiterentwicklung der Demokratie". Eine künftige Regelung müsse "rasch, bundeseinheitlich und mit ausreichendem Konsens" erfolgen, sagte Fischler. (Schluß) fti/vt/je

APA185 1993-05-28/11:51

OTS0062 5 II 0352 MLA001

Fr, 28.Mai 1993

EG/Gemeindetag/Fischler

ORIGINALTEXT-SERVICE

FISCHLER: KONSENS ÜBER DIREKTWAHL DER BÜRGERMEISTER BUNDESEINHEITLICH

HERSTELLEN

Gerechter Finanzausgleich für Gemeinden liegt im gesamtwirtschaftlichen Interesse

Innsbruck (bmlf, 28.05.1993). Starke Gemeinden sind unverzichtbar als Mittler zwischen den Bedürfnissen der Bürger und dem Staat. Die Direktwahl der Bürgermeister ist ein wichtiger Ansatz für die Weiterentwicklung der Demokratie in Österreich. Eine künftige Regelung muß rasch, bundeseinheitlich und mit ausreichendem Konsens erfolgen, erklärte Landwirtschaftsminister Dr. Franz Fischler im Rahmen der Festansprache zum 40. Österreichischen Gemeindetag in Innsbruck. ****

Die Gemeinden haben in den letzten Jahren sich stark in Richtung Leistungsgemeinde und Serviceeinrichtung für den Bürger gewandelt. Die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, neuen Siedlungsstrukturen, Gesundheits-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen belasten die Gemeinden oft bis an die Grenzen des Belastbaren und übersteigen teilweise deren Möglichkeiten. Die Forderung nach einem gerechten Finanzausgleich steht deshalb mit Recht im Vordergrund. Ein Abwälzen von staatlichen Aufgaben auf die Gemeinden und ein dadurch verursachtes Auszehren kann und darf

nicht der Weg in die Zukunft sein. Eine finanzielle Solidarität liegt deshalb im gesamtgesellschaftlichen Interesse, führte Fischler weiter aus.

Als eines der wichtigsten Themen für die Zukunft bezeichnete Fischler die Durchsetzung des Gemeindeselbstverwaltungsrechtes gegenüber Bund und Land, weiters die Verbesserung der Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sowie der Mitwirkungsmöglichkeiten der Minderheiten in den Gemeindevertretungen.

Die Diskussion um die EG-Integration führt zu einer erfreulichen Aktualisierung der Föderalismus-Debatte. Die Bestimmungen des Vertrages über die Europäische Union, die die gewachsene Vielfalt der einzelnen Länder, Regionen und Kulturen zum Ziel haben, sind eine Herausforderung für die Gemeinden, diesen wichtigen Teil des Maastricht-Vertrages mit Leben zu erfüllen. Die Einrichtung des im EG-Vertrag in Aussicht gestellten "Ausschusses der Regionen" ist eine neue institutionalisierte Einfallspforte föderaler Interessen und des Subsidiaritätsprinzip in die EG.

Für die Weiterentwicklung der Gemeinden und ihrer wirtschaftlichen Stabilität unter geänderten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen ist die Erhaltung einer flächendeckenden Landwirtschaft von wesentlicher Bedeutung. Die bäuerlichen Betriebe tragen einerseits zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region bei, sie sind zur Erhaltung einer funktionierenden Infrastruktur unabdingbar. Andererseits sind die Bauern als Landschaftspfleger und als Nahversorger für die einheimische Bevölkerung, aber auch für den Tourismus unentbehrlich. Ihre Absicherung in den EG-Verhandlungen abzusichern muß deshalb ein nationales Anliegen sein, schloß Fischler.

(Schluß)
nnn

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS062 1993-05-28/10:54

APA0294 5 WI 0187

Do, 27.Mai 1993

Schulden/Gemeinden/Österreich

Österreichs Gemeinden sind mit 74 Mrd. S verschuldet

Utl.: Finanzausgleich 1993 zeigt positive Auswirkungen =

Innsbruck (APA) - Die Verschuldung der Gemeinden Österreichs, ohne Einbeziehung der Stadt Wien, betrug 1992 rund 74 Mrd. S, erklärte der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, der niederösterreichische Landtagspräsident Franz Romeder, am Rande des 40. Gemeindetages, der Donnerstag und Freitag in Innsbruck stattfindet. Damit sei ein weiteres Ansteigen der Schulden vermieden worden; sie betrügen allerdings dennoch 57 Prozent aller Gemeindeeinkünfte. Zur Schuldentilgung seien jährlich acht Mrd. S notwendig. ****

Positiv bewertete Romeder den Finanzausgleich 1993, bei dem es gelungen sei, den Gemeinden einen Anteil von 20 Prozent an der Kapitalertragssteuer zu sichern. Damit werde es möglich sein, so Romeder, konjunkturbedingte Mindereinnahmen der Gemeinden auszugleichen.

Ebenfalls große Bedeutung maß der Präsident des Gemeindebundes dem Abschluß eines Abkommens mit dem Städtebund bei, das in der vergangenen Woche unterzeichnet wurde. Es sieht laut Romeder eine enge Zusammenarbeit auf Europaebene vor. Damit seien Städte und Gemeinden in den Gremien des Europarates, des Rates der Regionen und in der internationalen Städtevereinigung gemeinsam vertreten und hätten eine gewichtige Stimme bei den EG-Beitrittsverhandlungen Österreichs, so Romeder abschließend.

(Schluß) fti/gr/h

APA294 1993-05-27/13:53

Steuern/Gemeinden/Tirol

Gemeindebund warnt vor Abschaffung der Lohnsummen- und Gewerbesteuer

Utl.: Gemeinden wollen Wirtschaft mit Aufträgen ankurbeln =

Innsbruck (APA) - Unter dem Motto "Starke Gemeinden in einem starken Österreich" steht der 40. Österreichische Gemeindetag, der Donnerstag und Freitag in Innsbruck stattfindet und zu dem am Freitag auch Bundespräsident Thomas Klestil erwartet wird. Der niederösterreichische Landtagspräsident und Präsident des Gemeindebundes, Franz Romeder (V), formulierte am Donnerstag vor der Presse in Innsbruck die Hauptforderungen der Tagung, an der rund 2.000 Gemeindevertreter teilnehmen. Es gelte zu verhindern, daß die 2. Etappe der Steuerreform einseitige Belastungen für die Gemeinden bringe. Die Forderungen, Lohnsummen- und Gewerbesteuer abzuschaffen, seien "sehr bedrohlich".****

Die wichtigste Aufgabe der Gemeinden für die kommenden Monate sieht Romeder in der massiven Vergabe öffentlicher Aufträge. "Die Gemeinden sind mit 40 Mrd. S jährlich der größte Investor, Arbeitsplatzgeber und Arbeitsplatzsicherer in Österreich. Daher müssen sie sich gerade jetzt antizyklisch verhalten", sagte der Präsident. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müßten laut Romeder Bund und Länder die Förderungsansuchen der Gemeinden vorrangig behandeln. Geplant seien vor allem Investitionen in die Abwasserbeseitigung, für die heuer fünf Mrd. S an Förderungen zur Verfügung stehen.

Auch die 2. Etappe der Steuerreform bereitet Romeder "Sorgen". Es sei von "dringender Notwendigkeit, daß durch die Reform keine einseitige Belastung der Gemeinden erfolgt." Besonders die Lohnsummen- und die Gewerbesteuer seien während des niederösterreichischen Wahlkampfes zur Diskussion gestellt worden. Diese beiden Steuern würden aber rund die Hälfte der Einkünfte der Gemeinden darstellen, führte Romeder aus. Daher dürfe es auf diesem Gebiet keine einseitigen Änderungen geben.

(Schluß) fti/gr/h/cs

APA278 1993-05-27/13:35

NLK/NÖ/Gemeindetag/Innsbruck

ORIGINALTEXT-SERVICE

40. Österreichischer Gemeindetag in Innsbruck

Niederösterreich mit starker Delegation vertreten

Niederösterreich (NLK) - Donnerstag und Freitag dieser Woche, 27. und 28. Mai, findet im Kongreßhaus Innsbruck der 40. Österreichische Gemeindetag statt. Er beginnt morgen, 27. Mai, vormittags mit einer Bundesvorstandssitzung unter Leitung des Gemeindebundpräsidenten Franz Romeder, nachmittags findet die Fachtagung zum Thema "Weniger Bürokratie in der Gemeinde - Möglichkeiten und Wege" statt. Die zentrale Veranstaltung erfolgt am Freitagvormittag mit Beginn um 9 Uhr: Zum Tagungsthema referiert Landwirtschaftsminister Franz Fischler, erwartet wird auch Bundespräsident Dr. Thomas Klestil. Die zentralen Anliegen der Gemeinden erörtert Präsident Franz Romeder. Für Österreichs Gemeinden stehen derzeit vor allem Fragen der zweiten Etappe der Steuerreform, der Abwasserfinanzierung sowie des geplanten österreichischen EG-Beitritts im Vordergrund.****

Erwartet werden rund 2.000 Bürgermeister, weitere Gemeindevertreter und Gemeindebedienstete aus dem In- und Ausland. Niederösterreich ist wieder mit einer starken Delegation von Gemeindefachleuten und Gemeindebediensteten aus allen Bezirken des Landes vertreten.
nnnn

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS040 1993-05-26/10:15

OTS0027 5 II 0147 NLK004

Mi, 26.Mai 1993

NLK/NÖ/Gemeindetag

ORIGINALTEXT-SERVICE

40. Österreichischer Gemeindetag in Innsbruck

Niederösterreich mit starker Delegation vertreten

Niederösterreich (NLK) - Donnerstag und Freitag dieser Woche, 27. und 28. Mai, findet im Kongreßhaus Innsbruck der 40. Österreichische Gemeindetag statt. Er beginnt morgen, 27. Mai, vormittags mit einer Bundesvorstandssitzung unter Leitung des Gemeindebundpräsidenten Franz Romeder, nachmittags findet die Fachtagung zum Thema "Bürokratieabbau in den Gemeinden" statt. Die zentrale Veranstaltung erfolgt am Freitagvormittag mit Beginn um 9.30 Uhr: Zum Tagungsthema referiert Landwirtschaftsminister Franz Fischler, erwartet wird auch Bundespräsident Dr. Thomas Klestil. Die zentralen Anliegen der Gemeinden erörtert Präsident Franz Romeder. Für Österreichs Gemeinden stehen derzeit vor allem Fragen der zweiten Etappe der Steuerreform, der Abwasserfinanzierung sowie des geplanten österreichischen EG-Beitritts im Vordergrund. ****

Erwartet werden rund 2.000 Bürgermeister, weitere Gemeindevertreter und Gemeindebedienstete aus dem In- und Ausland. Niederösterreich ist wieder mit einer starken Delegation von Gemeindefachleuten und Gemeindebediensteten aus allen Bezirken des Landes vertreten.
nnnn

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS027 1993-05-26/09:43

APA0167 5 II 0084

Di, 18.Mai 1993

Kommunales/Gemeinden/Österreich/Tirol

40. Österreichischer Gemeindetag in Innsbruck

Utl.: Fachtagung befaßt sich mit weniger Bürokratie =

Innsbruck (APA) - Der 40. Österreichische Gemeindetag findet Ende Mai im Innsbrucker Kongreßhaus statt. Erwartet werden etwa 1.500 Bürgermeister und Gemeindevertreter, teilte der Österreichische Gemeindebund am Dienstag mit. Im Rahmen einer Fachtagung sollen Möglichkeiten und Wege für weniger Bürokratie in den Gemeinden diskutiert werden. ****

Die größte kommunalpolitische Jahresveranstaltung Österreichs findet am 27. und am 28. Mai statt. Das diesjährige Tagungsthema lautet "Starke Gemeinden in einem starken Österreich".
(Schluß) gr/mk/ul

APA167 1993-05-18/11:51